



Beschluss des SPD-Landesvorstands vom 09.05.2020

Kinder in den Fokus nehmen - Familien eine verlässliche Perspektive geben

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft hart getroffen. Seit sieben Wochen befinden wir uns in einem Ausnahmezustand und es ist noch nicht absehbar, wann wir zu unserer gewohnten Normalität zurückkehren können. Diese Unsicherheit ist vor allem für Familien und Kinder eine große Belastung. Eltern müssen zeitgleich ihre Kinder betreuen, bei den Schulaufgaben helfen, Mahlzeiten kochen, und die Freizeit gestalten, während sie selbst im Homeoffice ihrem Job nachgehen müssen. Für viele Familien ist das eine Zerreißprobe. Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice sind kaum miteinander vereinbar bzw. können nur eine Lösung für eine kurze Zeit sein. Familien stoßen nun allmählich an ihre Grenzen. Besonders schlimm trifft es die Alleinerziehenden, die alleine die Gesamtverantwortung in dieser Krise tragen müssen.

Natürlich geht es darum, so viel Normalität wie möglich zu gewährleisten, ohne die Bevölkerung in Gefahr zu bringen. Daneben aber brauchen wir Konzepte für das Leben mit der Pandemie, um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu garantieren. Blinde Flecken darf es nicht geben. Soziale Spaltungen dürfen durch die Pandemie nicht verschärft werden.

Es ist wichtig, dass nun verstärkt über die gravierenden Auswirkungen für Kinder, die durch Maßnahmen wie Kontakteinschränkungen, geschlossene Kitas und Schulen, eingeschränkte Gestaltung der Freizeit entstehen, gesprochen wird. Kinder leiden unter der Situation, in der sie keinen Kontakt zu ihren Freunden, Betreuer*innen und Lehrer*innen haben. Ihr Alltag ist im Vergleich zu der Vor-Corona-Zeit stark eingeschränkt, der Zugang zur Bildung ist extrem erschwert worden, sie können ihren Freizeithobbies nicht nachgehen. Von daher ist es begrüßenswert, dass nun die Spielplätze und Museen öffnen und so nun mehr Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung geboten werden.

Doch diese Maßnahmen können die Bedürfnisse der Familien und Kinder weder befriedigen noch die Familien ausreichend entlasten. Das Homeoffice kann nicht auf Spielplätze verlagert werden, das Problem der Nichtvereinbarkeit von Betreuung/Homeschooling und Homeoffice bleibt weiterhin bestehen.

Besonders gravierend ist es für Kinder, die in schwierigen häuslichen/familiären Verhältnissen leben. Die Befürchtung, dass es zu mehr Gewalt kommt, ist berechtigt. Verdachtsfälle werden zu einem großen Teil aus der Kita und Schule heraus gemeldet. Kitas und Schulen haben die Kinder nun nicht mehr im Blick, so dass ihnen nur schwer geholfen werden kann.

Auch für Kinder aus bildungsfernen Familien sind die Folgen der Corona-Krise dramatisch. Viele Lehrkräfte haben seit Wochen keinerlei Kontakt zu einigen Schüler*innen und ihren Familien gehabt. Kinder, die bereits schon vor der Corona-Krise Lernschwierigkeiten hatten, werden nun abgehängt. Den Lernstoff nachzuholen, wird für die Kinder kaum bis gar nicht mehr möglich sein. Dieser Zustand ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar. Das Recht auf Bildung für alle, unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund, hat für uns immer die größte Priorität.

Dass es keine Rückkehr zum Normalbetrieb in Kitas und Schulen von heute auf morgen geben kann, sondern eine schrittweise Öffnung erfolgen muss, ist klar. Dass Abwägungsprozesse wohl überlegt sein müssen, dass Schulen Hygienekonzepte erarbeiten müssen und sich auf die neue Situation einstellen müssen, bestreitet niemand.

Familien muss dringend eine verlässliche Perspektive gegeben werden. Denn Kinder haben Rechte auf Bildung, Teilhabe und Freizeit. Daher fordern wir konkret:

1. Erarbeitung von Konzepten zur schrittweisen Öffnung von Kitas: Vorrang sollen dabei Kinder von berufstätigen Alleinerziehenden, Kinder mit Behinderung, Vorschulkinder und Kinder aus besonders belasteten Familien haben. Kommunen und Einrichtungen brauchen dafür mehr Entscheidungsspielräume.
2. Schaffung von Voraussetzungen für die Zeiten, in denen die Schüler*innen nicht an der Schule sind, um individuelle Lern- und Vertiefungsphasen umzusetzen. In einem pädagogisch sinnvollen Prozess muss die Präsenzphase an der Schule mit individuellem Lernen und digitalen Unterstützungsangeboten verzahnt werden.
3. Kinder, die der Risikogruppe angehören benötigen sinnvolle Lösungen, die ihnen die Teilnahme am geöffneten Schulbetrieb ermöglichen. Auch ihnen muss das Recht eingeräumt werden, Prüfungen abzulegen und Lerninhalte nachzuholen.
4. Öffnung der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen (Hort, Kernzeit): Dabei werden die Kinder sowohl bei der Erledigung von Hausaufgaben als auch und beim Spielen betreut.
5. Alle Schüler*innen, die kein Tablet oder Laptop haben, müssen mit einem solchen Gerät ausgestattet werden. Der Bund hat dafür 500 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, davon erhält Baden-Württemberg rund 65 Mio. Euro. Wir fordern das Land auf, ebenfalls 65 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Außerdem verlangen wir vom Land, schnellstmöglich die Mittel aus dem Digitalpakt abzurufen und dafür zu sorgen, dass alle Schulen Zugang zum Internet haben.

6. Angebot an gesonderter Unterstützung (Förderunterricht) für Kinder mit Lernschwierigkeiten in kleinen Lerngruppen sowie an gesonderten Lernangebote und Betreuungsmöglichkeiten während der Sommerferien schaffen.
7. Außerinstitutionelle Ansätze zur Entlastung von Familien
 - Für die schrittweise Öffnung von Kitas und wiedereinsetzenden Schulbesuchen benötigen wir weitere Konzepte, die auch bei längerem Verlauf der Pandemie Kindern den Kontakt untereinander ermöglichen, den sie für ihre Entwicklung brauchen, gleichzeitig aber das Infektionsrisiko nicht erhöhen. Dazu zählen zum Beispiel die Möglichkeit für feste Formationen von zwei bis drei Familien für eine gemeinsame Freizeitgestaltung oder gegenseitige Kinderbetreuung, Angebote in kleinen und festen Gruppen von Kindern und Bezugspersonen, die aus Gründen des Infektionsschutzes vorrangig im Freien stattfinden, wie etwa Walderkundungen oder Spiele, bei denen ein gewisses Maß an Abstand eingehalten werden kann. Dies würde die Familie enorm entlasten. Eltern können so ihrer Arbeit nachgehen und andere wichtige Alltagsaufgaben erledigen. Die Kinder wiederum haben Kontakt zu Gleichaltrigen, was für sie von einer enormen Bedeutung in ihrer Entwicklung ist. Solche Lösungen können die Kommunen am besten vor Ort gemeinsam mit den örtlichen Trägern ausgestalten, z.B. gemeinsam mit Familienzentren, Sozialverbänden wie der AWO, Kirchen etc..
 - Entwicklung von Konzepten mit Familienbildungsstätten, Stadtteiltreffs und Vereinen entwickeln, wie leerstehende Räume oder auch private Gärten etc. reguliert für Familien genutzt werden können, die ihren Bedarf anmelden. Das Land kann dafür den Rahmen schaffen und solche Projekte fördern.
 - Von Vereinen und Organisationen vorbereitete Stadtranderholungen, Zeltlager und Ferienprogramm, sowie berufstätige Eltern, die auf Ferienbetreuung ihrer Kinder angewiesen sind, brauchen Planungssicherheit. Deshalb muss die Landesregierung kurzfristig Klarheit schaffen und endlich nähere Regelungen zu Veranstaltungen treffen.
8. Besonderen Fokus auf Kinder legen, deren Eltern unter besonderem Stress stehen oder gesundheitlich oder seelisch belastet sind, Unterstützung der Jugendämter und Sozialverbände verstärken. Für Beschäftigte, die zu Hause bleiben müssen, um ihre Kinder zu betreuen, müssen wir die bestehende Regelung verlängern. Eine ähnliche Regelung benötigen wir auch im Fall zu pflegender Angehörigen.